

Niederschrift

3. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur

Sitzungstermin:	Montag, 05.11.2018
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Jörg Buthmann

Herr Matthias Malassa

Herr Julian Flak

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Vertretung für: Frau Angelika
Hahn-Fricke

Herr Lars Giering

Herr Martin Ahrens

Herr Ralf-Dieter Demmler

Frau Rita Marcussen

Herr Arne Hansen

Vertretung für: Frau Prof. Dr.
Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin

Frau Regina Spörel

Herr Stephan Holowaty

Herr Ralf Pütz

Herr Dr. Norbert Pranzas

Herr Rainer Schuchardt

Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat

Herr Bethke WZV

Herr Lawerentz WZV

Frau Baum FDL Bau- und Umweltverwaltung, Kreisstraßen/Tiefbau

Herr Hartmann FDL Kreisplanung, Regionalmanagement, Klimaschutz

Frau Kind FDL Gremien, Kommunikation, Controlling bis 21:15 Uhr

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rimka FDL Bauaufsicht, Brandschutz, Denkmalschutz/ Geschäftsstelle Gutachterausschuss

Herr Luckow Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Pielstiker Bau- und Umweltverwaltung, Kreisstraßen/Tiefbau

Herr Schmitt Beteiligungsmanagement
Frau Stefanie Fellmer
Herr Henning Wulf

Abwesende:

Frau Angelika Hahn-Fricke -
Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2018
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung, hier: Stellungnahme des Kreises
Vorlage: DrS/2018/198
- 3.2 Stellenmehrbedarf FD 63.40 für das Haushaltsjahr 2019 ff.:
FD 63.40 - Bauaufsicht, Brandschutz, Denkmalschutz / Geschäftsstelle Gutachterausschuss,
Sachbearbeiterin Registratur
Vorlage: DrS/2018/182
- 3.3 Stellenmehrbedarf FD 63.40 für das Haushaltsjahr 2019 ff.:
FD 63.40 - Bauaufsicht, Brandschutz, Denkmalschutz / Geschäftsstelle Gutachterausschuss
Sachbearbeiter/in Denkmalschutz
Vorlage: DrS/2018/181
- 3.4 Bericht des Straßenbetriebsdienstes auf Kreisstraßen - Budget 2019
Vorlage: DrS/2018/214
- 3.5 Wirtschaftsplan 2019 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2018/212
- 3.6 Budget 2019 - Fachbereich IV
Wirtschaft, Regionalentwicklung, Infrastruktur
Vorlage: DrS/2018/184

- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Abschließender Jahresbericht des Straßenbetriebsdienstes auf Kreisstraßen 01. bis 12.2017
Vorlage: DrS/2018/213
 - 4.2 Schlüsselkennzahlenbericht II/2018
Vorlage: DrS/2018/167
 - 4.3 Schlüsselkennzahlen III/2018
Vorlage: DrS/2018/206
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II
- 7 Antrag der CDU-Fraktion zur Wiedereinführung des Kreisentwicklungsplans
- 8 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Wohnungsbau im Kreis Segeberg

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

Der Ausschussvorsitzende verpflichtet Frau Spörel als neues Ausschussmitglied per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Die beiden vorliegenden Anträge der SPD- und der CDU-Fraktion sollen nach TOP 3.3 behandelt werden. Weiterhin soll es einen Bericht im nichtöffentlichen Teil nach der Einwohnerfragestunde II geben.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2018

Herr Pütz teilt mit, dass lt. TOP 4.3 zwei Gutachten zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese sind in ALLRIS bisher nicht hinterlegt. Herr Schuchardt ergänzt, dass gleiches bei TOP 4.4 der Fall sei, hier sollte ein Kriterienkatalog eingestellt werden.
Anmerkung der Verwaltung:

Die Anlagen sind zwischenzeitlich angefügt worden.

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung, hier: Stellungnahme des Kreises Vorlage: DrS/2018/198

Herr Hartmann führt in die Vorlage ein und erläutert die Bewertung der betroffenen Flächen durch die Fachdienste der Verwaltung.

Frau Fellmer erklärt, dass die Gemeinde Nehms Ende Oktober beschlossen habe, dass der Gemeinderat eine Stellungnahme abgibt, dass keine Windkraftanlagen gewünscht seien. Sie möchte wissen, ob im Gebiet SEG_012 Vögel betroffen seien. Herr Hartmann teilt mit, dass Schutzzonen für Vögel nur außerhalb des Vorranggebietes gelegen seien. Laut Frau Fellmer gebe es Dokumentationen, dass vermehrt Kraniche, Schwäne, Gänse, Milane usw im Vorranggebiet gesichtet worden seien.

Frau Marcussen erkundigt sich, welche Gewichtung Stellungnahmen der Gemeinden bei der Auswahl der Gebiete haben und ob diese auch ans Land geschickt werden. Herr Hartmann erläutert, dass es bei allen Stellungnahmen allein auf die Sachinhalte ankomme. Die Gemeinden geben ihre Stellungnahmen direkt ans Land.

Herr Wulf fragt nach dem Zeitplan, da laut Vorlage bis 03.01.19 eine Beteiligung möglich sei. Weiter möchte er wissen, ob die vorliegenden Änderungsvorschläge mit der Gemeinde Damsdorf abgestimmt seien.

Laut Herrn Hartmann werden die gemeindlichen Voten bei der Stellungnahme einbezogen, soweit sie dem Kreis vorliegen. Die Frist für die Abgabe einer Stellungnahme bis zum 03.01.19 betreffe das Verfahren zur Teilaufstellung des Regionalplans III zum Thema Wind. Parallel habe auch des Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans III begonnen.

Herr Holowaty trägt vor, dass der Bereich Bissenmoor in Bad Bramstedt betroffen sei. Er möchte wissen, ob die Einwände berücksichtigt wurden. Weiter seien die Abstände zum Wohngebiet in der Karte nicht erkennbar. Herr Hartmann teilt mit, dass bisher keine abschließende Stellungnahme der Stadt Bad Bramstedt vorliege. Der Abstand zum Wohngebiet von 1.000 m sei eingehalten. Herr Holowaty weist darauf hin, dass hier bereits ein Genehmigungsantrag vorliege und bittet darum, die Stadt Bad Bramstedt auf die unterschiedlichen Stellungnahmefristen hinzuweisen. Herr Hartmann erläutert, dass die Standortgemeinde auch zu den Genehmigungsanträgen nach dem BImSchG angehört würden. Herr Holowaty gibt bekannt, dass die zuständige Gemeinde Lentförden eine positive Stellungnahme abgegeben habe, betroffen seien aber die Anwohner aus Bad Bramstedt.

Herr Wulf regt an, für das Gebiet SE_012 aufgrund der vorliegenden Kriterien eine negative Stellungnahme abzugeben, da aus seiner Sicht das Gebiet freigehalten werden müsse, da von einer Gefährdung von diversen großen Vögeln auszugehen sei.

Beschlussvorschlag:

Die Entwürfe zur Teilaufstellung des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans für den Planungsraum III zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung werden zur Kenntnis genommen.

Auf die Stellungnahme der Verwaltung des Kreises Segeberg als Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Regionalplans III sowie auf die Stellungnahmen der Gemeinden wird verwiesen.

Darüber hinaus werden folgende Anregungen und Bedenken vorgebracht:

Die Ausweisung des Vorranggebietes SEG_012 wird aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Gründen abgelehnt.

Der Stadt Bad Bramstedt wird empfohlen, Ihre Anregungen zum Vorranggebiet SEG_043 auch im laufenden Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.2 Stellenmehrbedarf FD 63.40 für das Haushaltsjahr 2019 ff.: FD 63.40 - Bauaufsicht, Brandschutz, Denkmalschutz / Geschäftsstelle Gutachterausschuss, Sachbearbeiterin Registratur Vorlage: DrS/2018/182

Herr Barkowsky teilt mit, dass die CDU sich bei allen Stellenentscheidungen zunächst enthalten werde und erst im Hauptausschuss entsprechend abgestimmt werde.

Herr Rimka führt in die Vorlage ein und verweist auf die Vorlage vom letzten Jahr, in der die Stelle bereits angemeldet wurde. Herr Holowaty möchte wissen, wie sich die Fallzahlen entwickelt haben und welche Konsequenzen mehr Personal auf Bearbeitungszeiten haben werde. Herr Rimka erläutert, dass vor 16 Jahren innerhalb eines Tages eine Eingangsbestätigung versandt wurde. Dieses Ziel solle wieder erreicht werden.

Herr Wulf fragt, wie weit die zeitliche Arbeitsbelastung gestiegen und ob eine Relation zu gestiegenen Fallzahlen erkennbar sei. Herr Rimka erklärt, dass die Registrierung etwa 20 Minuten dauere. Die Zahl der Akteneinsichtnahmen sei stark gestiegen, der Zeitaufwand hierfür sei aber zeitlich sehr unterschiedlich. Herr Wulf möchte weiter wissen, ob nach Einführung des E-Governments eine Beschleunigung möglich sei. Herr Schrenk teilt mit, dass dieses voraussichtlich nicht grundsätzlich der Fall sein werde. Digital eingehende Anträge müssten dennoch auf Vollständigkeit und Plausibilität geprüft werden. Eingehende Papieranträge müssten digitalisiert (gescannt) werden, dieses erfordere weiterhin Personaleinsatz. Es gehe darum, Abläufe effizienter und kundenfreundlicher zu gestalten. Er sehe durch die Digitalisie-

rung zwar Verbesserungen, der Umfang von eventuellen Personaleinsparungen sei aber derzeit nicht absehbar.

Herr Wulf beantragt einen kw-Vermerk für 5 Jahre, um die Möglichkeit zu erhalten, nach einer Überprüfung nach fünf Jahren die Stelle streichen zu können. Frau Baum äußert Bedenken, da die Stelle durch einen kw-Vermerk nur befristet ausgeschrieben werden könne und sich dadurch die Zahl der Bewerber drastisch verringere. Der Landrat schlägt vor, dieses personaltechnisch zu prüfen, um einen Beschluss ggf. im HA und KT zu fassen. Diesem Vorgehen wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Diese Stellenanmeldung wurde bereits im letzten Jahr für den Stellenplan 2018 eingebracht. Aufgrund des Kompromissvorschlages des Landrats an die Politik wurde die Anmeldung des Stellenmehrbedarfs (zum Teil) in dieses Jahr und auf den Stellenplan 2019 verschoben. Diesbezüglich wird auf den Beschluss des Hauptausschusses vom 30.11.2017 verwiesen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.52100.0050 in den Stellenplan 2019 sowie die Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan ab dem 01.01.2019 mit dem Hinweis, dass zum Stellenplan 2025 geprüft wird, ob die Stelle weiterhin Bestand hat. Die entsprechenden Fallzahlen und Bearbeitungszeiten werden hierfür erneut vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 10 Ablehnung: - Enthaltung: 2

zu 3.3 Stellenmehrbedarf FD 63.40 für das Haushaltsjahr 2019 ff.: FD 63.40 - Bauaufsicht, Brandschutz, Denkmalschutz / Geschäftsstelle Gutachterausschuss Sachbearbeiter/in Denkmalschutz Vorlage: DrS/2018/181

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 0.52300.0003 im Umfang einer 0,25-Vollzeitstelle in den Stellenplan 2019.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 4 Ablehnung: - Enthaltung: 8

zu 7 Antrag der CDU-Fraktion zur Wiedereinführung des Kreisentwicklungsplans

Herr Holowaty bittet Herrn Barkowsky, den Antrag genauer zu erläutern. Er halte einen Kreisentwicklungsplan für ein starres Gebilde, ähnlich wie den Landesentwicklungsplan. Noch vor 10 Jahren wurde aufgrund des demographischen Wandels ge-

plant, Wohngebiete abzubauen. Nun sei genau das Gegenteil der Fall und die Planungen kämen dem nicht nach.

Herr Barkowsky erklärt, die Idee hänge mit dem Landesentwicklungsplan zusammen. Die Grundaussage sei das „Denken in Räumen“. Es solle gemeinsam mit den Gemeinden eine Entwicklung in unterschiedlichen Bereichen befördert werden, wie z. B. kostengünstiger Wohnraum, ÖPNV, Radverkehr oder Gewerbegebiete. Die Gemeinden sollten ihre Entwicklungsabsichten übermitteln.

Herr Hartmann weist darauf hin, dass der Kreis keine Planungskompetenz in den Gemeinden habe, sondern nur Beratungsmöglichkeiten. Eine Neuauflage des eingestellten Kreisentwicklungsplans sei lediglich ein Zusammentragen von Investitionswünschen der Gemeinden, es gäbe aber keine Steuerungsfunktion. Es sei sehr wichtig festzulegen, was konkret erreicht werden soll. Laut Antrag sollen von der Verwaltung Investitionen aufgelistet werden. Das Instrument Kreisentwicklungsplan erfülle laut Herrn Hartmann die Erwartungen nicht und sei bereits 2002 nicht ohne Grund abgeschafft worden. Es sei zu überlegen, welche alternativen Instrumente helfen können.

Herr Schuchardt äußert Bedenken, einen 5-Jahresplan aufzustellen, der fortgeschrieben werde. Er halte es für sinnvoller, den Plan jährlich fortzuschreiben, was aber eine immense Belastung für die Verwaltung bedeuten würde. Fraglich sei, ob sich der Aufwand lohne. Herr Pütz schlägt in diesem Zusammenhang vor, eine Kreisentwicklungsstrategie zu entwickeln, bei der eine gute Zusammenarbeit aller Ausschüsse nötig sei, um bestmögliche Arbeitsergebnisse zu erzielen.

Herr Holowaty verweist erneut auf die nicht vorhandene Planungshoheit des Kreises bezüglich der Erstellung von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen. Gute Ergebnisse seien nur zu erzielen, wenn alle Kommunen sich an der Erstellung beteiligen. Ob dies der Fall sein werde, sei aus seiner Sicht äußerst fraglich. Er fasst zusammen, dass es bei dem Antrag der CDU darum ginge, eine Übersicht zu erhalten, was in den einzelnen Kommunen geplant sei und ob dieses zusammenpasse. Herr Holowaty habe sich einen deutlich präziser formulierten Antrag gewünscht. Es sei Genauigkeit gefragt, bevor die Verwaltung einen Auftrag erhalte.

Herr Barkowsky macht deutlich, dass die CDU auch mit einer Umformulierung in der Titulierung in Kreisentwicklungsstrategie einverstanden sei. Wichtig sei das Ergebnis, dass der Kreis am Ende eine Übersicht erhalte, was in den einzelnen Kommunen geplant sei und wo die Probleme liegen. Dann könnte der Kreis viel besser unterstützend eingreifen, u. a. durch die Bereitstellung von Fördermitteln wie beim Radwegebau. Ziel sei auch, dass die Kommunen sich künftig besser vernetzen.

Herr Ahrens bittet die Verwaltung, im HA zu berichten, mit welchen Personalkapazitäten zu rechnen sei und welche Kosten entstehen würden. Der Landrat teilt mit, dass es wichtig zu wissen sei, wo die Gemeinden stehen und was für Pläne dort bestehen. Bestehende Wünsche von Kreis und Kommunen müssen übereinandergelegt und abgeglichen werden. Dieses sei ein komplexer Prozess mit einem erheblichen Aufwand. Die Kosten und Kapazitäten zu ermitteln, sei mit den vorliegenden Angaben kaum möglich. Es müsse überlegt werden, wo der Kreis 2030/2040 stehen wolle, hierfür seien viele Vorarbeiten nötig. Ein reines Zusammentragen von Daten aus den Gemeinden sei nicht zielführend. Er schlägt vor, die Strategiediskussion Anfang 2019 abzuwarten, damit möglichst wenig Reibungsverlust entstehe. Aus seiner Sicht sei das Thema prädestiniert, um in der Lenkungsgruppe thematisiert zu werden. Herr Barkowsky befürchtet eine schleppende Umsetzung in der Lenkungsgruppe.

Herr Hartmann verweist darauf, dass der alte Kreisentwicklungsplan eine undifferenzierte Liste mit den Investitionsvorhaben beinhaltet habe. Man wusste jedoch nichts mit diesen Erkenntnissen anzufangen, da es keine Strategie zur Umsetzung gab. Künftig müsse im Vorwege klar sein, was das Ziel der Datensammlung sein solle. Er halte eine Kreisentwicklungsstrategie für sinnvoll, man müsse aber vorher überlegen, wo der Kreis überhaupt gestalten könne. Auch aus seiner Sicht sei der entstehende Aufwand derzeit nicht abzuschätzen.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt, der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt eine Kreisentwicklungsstrategie ab 2019 zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrstimmig

Zustimmung: 4 Ablehnung: 2 Enthaltung: 6

zu 8 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Wohnungsbau im Kreis Segeberg

Herr Ahrens erklärt den vorliegenden Antrag. Das Thema Wohnungsbaukoordination solle künftig intensiver angegangen werden, was mit den bisherigen Personalkapazitäten nicht möglich sei. Die Stelle solle bereits in den Stellenplan eingearbeitet und mit einem Sperrvermerk versehen werden. So könne das Bündnis für Wohnraum im nächsten Jahr schnellstmöglich mit der Arbeit beginnen. Der Mietmarkt solle durch die Verwaltung beobachtet und das bedarfsgerechte Bauen angekurbelt werden.

Herr Schuchardt weist darauf hin, dass bisher kein Konzept für das Bündnis für Wohnen vorliege und die Verwaltung derzeit keinen zusätzlichen Personalbedarf sehe. Er halte den Antrag für zu früh gestellt. Herr Ahrens teilt mit, dass seitens der Stadt Hamburg bereits Konzepte erarbeitet wurden, auf die man zurückgreifen könne. Herr Wulf begrüße jede Maßnahme, die den Wohnungsmarkt verbessert. Die Mietpreise steigen immens an und es herrsche ein großer Mangel an Wohnungen. Fraglich sei, welche Kompetenzen der Wohnungsmanager haben solle.

Herr Ahrens halte es für sinnvoll, dass eine Arbeitsgruppe Details erarbeite, z. B. wie eine Verzahnung mit den Kommunen funktionieren könne und welche Aufgaben der Stelleninhaber erhalten solle. Herr Holowaty stellt fest, dass der Wohnungsbau nur durch die Kommunen vorangetrieben werden könne. Es müssten entsprechende Flächennutzungs- und Bebauungspläne erstellt werden. Hierzu sei ein eindeutiger politischer Wille nötig, was bisher kaum erkennbar sei. Man müsse feststellen, wo die Aufgaben und Bedarfe liegen. Fraglich sei, ob seitens des Kreises eine Stelle benötigt werde. Er verweist auf die Nachtragsmöglichkeit, somit müsse die Stelle nicht zum Haushalt 2019 geschaffen und eingestellt werden.

Herr Flak betont, dass das Thema in alle Fraktionen hoch aufgehängt sei. Dennoch müsse ermittelt werden, was der Kreis überhaupt beeinflussen könne. Danach könne über die Schaffung der Stelle diskutiert werden.

Herr Ahrens sieht eine Fülle von Themen, die auf Stelle bearbeitet werden können. Herr Schrenk hält eine interne Abstimmung innerhalb der Kreisverwaltung für wichtig. Der FB III habe einen ganz anderen Blick auf das Thema Wohnungsbau, als der FB IV. Es sei sehr wichtig, die unterschiedlichen Belange zu bündeln und zu koordi-

nieren. Er schlägt vor, hierzu eine Strategiediskussion zu führen, wenn die strategischen Ziele neu definiert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Wohnungsbau im Kreis Segeberg.

Personell ist die Stelle mit einer Wohnungsbaukoordinatorin/ einem Wohnungsbaukoordinator in Vollzeit zu besetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der in der Begründung genannten Aufgabenansätze, ein Stellenprofil zu entwickeln und mit der Politik abzustimmen. Anschließend ist eine Bewertung der Stelle zwecks endgültiger Eingruppierung vorzunehmen.

Für den Haushaltsansatz 2019 wird eine vorläufige Eingruppierung in die Entgeltgruppe E11 vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

mehrstimmig

Zustimmung: 4 Ablehnung: 2 Enthaltung: 6

zu 3.4 Bericht des Straßenbetriebsdienstes auf Kreisstraßen - Budget 2019

Vorlage: DrS/2018/214

Herr Lawrentz führt in die Vorlage ein. Herr Holowaty erkundigt sich, ob das geplante Budget für alle notwendigen Unterhaltungsarbeiten auskömmlich sein werde. Herr Lawrentz erklärt, dass der Sanierungsstand damit voraussichtlich gehalten werden könne. Herr Pütz möchte wissen, ob die steigenden Preise in der Baubranche berücksichtigt wurden. Hierzu erläutert Herr Lawrentz, dass die meisten Arbeiten durch eigenes Personal erledigt werden würden und ein Preisanstieg somit nur bedingt relevant sei.

zu 3.5 Wirtschaftsplan 2019 WKS GmbH

Vorlage: DrS/2018/212

Herr Schmidt teilt mit, dass der aktuelle Quartalsbericht vorliege. Dieser werde dem Protokoll angehängt. Er erläutert, dass auf Seite 7 des 5-jährigen Finanzberichts der Aufwand analog zum Verlustausgleich 683.000 € betrage und nicht wie dargestellt 583.000 €. Im Aufsichtsrat wurde beschlossen, im Standortmarketing eine bisherige Teilzeitstelle auf Vollzeit aufzustocken sowie die Wertigkeit von zwei Stellen zu erhöhen.

Herr Wulf erkundigt sich, ob der Kreistagsbeschluss aus 2016 zum Verlustausgleich aufgehoben werden müsse oder ob ein neuer Beschluss hierzu ausreichend sei. Der Landrat erklärt, dass der Ausgleich der erhöhten Verluste eine Empfehlung des Aufsichtsrats sei und der alte Beschluss automatisch aufgehoben sei, wenn der Kreistag einen neuen Beschluss fassen sollte.

Weiter bemängelt Herr Wulf, dass im Wirtschaftsplan für 2019 keinerlei Kennzahlen enthalten seien und deshalb keine Kontrolle der geleisteten Arbeit möglich sei. Außerdem könne ein neuer Geschäftsführer sich nur an Vorgaben messen und wenn diese nicht vorhanden seien, sei dies nicht möglich. Der Landrat erläutert, dass aufgrund der derzeitigen personellen Besetzung kaum inhaltliche Arbeit geleistet werden konnte. Aus seiner Sicht sei es nicht vor Sommer 2019 möglich, die vorgegebenen Kennzahlen zu erreichen. Die Kennzahlen für 2018 wurden aus den gleichen Gründen nicht mehr geliefert. Ihm sei bewusst, dass dies eine missliche Situa-

tion sei und der neue Geschäftsführer müsse sich perspektivisch mit den Kennzahlen auseinandersetzen. Herr Schmidt ergänzt, dass der Kennzahlenbericht für keine der Beteiligungen ein zwingender Bestandteil des Wirtschaftsplans sei. Dennoch werden die Kennzahlen jährlich definiert und dienen als Orientierungshilfe.

Herr Schmidt beantwortet eine Frage von Herrn Holowaty damit, dass aufgrund einer Diskussion im Aufsichtsrat über die personelle Besetzung der WKS nun 50.000 € für eine Organisationsuntersuchung eingeplant seien. Ob die Summe voll ausgeschöpft werde, könne derzeit noch nicht abgesehen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt,

1. dem in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2019 der WKS GmbH wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates vom 29.10.2018 zugestimmt,
2. der WKS GmbH wird gem. beiliegendem Wirtschaftsplan für 2019 eine Verlust-Ausgleichszahlung in Höhe von 814.200,- € gewährt.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Herbeiführung eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 3.6 Budget 2019 - Fachbereich IV Wirtschaft, Regionalentwicklung, Infrastruktur Vorlage: DrS/2018/184

Zum Ausbau der Wessel-Kreuzung in Kisdorf möchte Herr Holowaty wissen, warum hier 300.000 € eingestellt werden und als Gegenposition nicht „Straße“ steht. Hierzu erklärt Frau Baum, dass an dieser Kreuzung eine Kreis-, eine Gemeinde- und eine Landesstraße zusammenkommen. Den Ausbau wird federführend das Land vornehmen. Die eingestellten 300.000 € würden als Zuschuss an das Land gezahlt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2019 entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Abschließender Jahresbericht des Straßenbetriebsdienstes auf Kreisstraßen 01. bis 12.2017 Vorlage: DrS/2018/213

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 4.2 Schlüsselkennzahlenbericht II/2018 Vorlage: DrS/2018/167

Frau Kind fragt nach, ob die vorliegenden Zahlen für die politische Arbeit geeignet seien. Falls Zahlen nicht benötigt werden oder auch Zahlen fehlen sollten, wären Anpassungen möglich. Weiterhin weist sie auf die Anpassungsmöglichkeiten bei den Toleranzgrenzen hin.

zu 4.3 Schlüsselkennzahlen III/2018 Vorlage: DrS/2018/206

s. TOP 4.2

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Holowaty bemängelt das Baustellenmanagement in der Gemeinde Leezen / B 432. Dort gäbe es eine Baustellenampel und etwa 150 m dahinter eine reguläre Ampel. Die beiden Ampeln seien nicht aufeinander abgestimmt, so dass es vorkomme, dass die Baustellenampel grün werde, der Verkehr in die Baustelle fahre und dort zum Stehen komme, da die Ampel dahinter rot wird. Der Gegenverkehr müsse dann warten, bis alle Autos die Baustelle verlassen haben. Herr Holowaty möchte wissen, ob der Kreis dort Abhilfe schaffen könne. Der Landrat regt an, das Problem an LBV weiterzugeben und bittet Herrn Holowaty, dieses zu tun.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Buthmann kündigt eine Behandlung des Schlüsselkennzahlenberichts nach den Beratungen in den Fraktionen in einer der nächsten Sitzungen an.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Jörg Buthmann
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)